

# Vorgeschichte

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Mitteilungsheft / Heimatkundliche Vereinigung Furttal**

Band (Jahr): **43 (2014)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Vorgeschichte

---

### Die 10-Millionen-Schweiz

Nach dem zweiten Weltkrieg erfolgte nicht nur im kriegszerstörten Europa ein wirtschaftlicher Aufschwung durch die Wiederherstellung der Städte und Dörfer, sondern auch in der kriegsverschonten Schweiz durch zahllose Neubauten und neue Verkehrsanlagen. Das Wirtschaftswachstum führte in nahezu allen Sektoren zu mehr Wohlstand und in der Schweiz zu einer Bevölkerungszunahme infolge überdurchschnittlicher Geburtenzahlen sowie durch Zuwanderung von Personen aus dem Ausland. Die Volkszählung 1960 ergab einen ungeahnten Aufwärtstrend, nach welcher die Wohnbevölkerung nach dem Krieg von 1945 bis 1960 von rund 4.5 Mio. um etwa eine Million zugenommen und sich der Ausländeranteil auf über eine halbe Million verdoppelt hatte. Aber nicht nur die Zunahme der Wohnbevölkerung, sondern auch der steigende Lebensstandard führte gleichzeitig zu einer Erhöhung der Wohnfläche pro Person, die bis heute anhält.

Schon bald konnte der Wohnungsbau mit dieser Entwicklung nicht mehr Schritt halten und führte vor allem in grösseren Agglomerationen der Schweiz zu einem akuten Wohnungsmangel. Viele Gemeinden begannen neue Bauzonen und Infrastrukturen bereitzustellen und der Kanton Zürich gründete 1958 den Verein Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), um die Ortsplanungen rund um Zürich zu unterstützen und zu koordinieren. Angesichts dieser Entwicklung erhielt die Universität St. Gallen (damals Handelshochschule St. Gallen) vom Bundesrat den Auftrag, mit einer Perspektivstudie unter Leitung von Professor Francesco Kneschaurek die Bevölkerungszunahme in der Schweiz und ihre Folgen bis zur Jahrtausendwende zu prognostizieren. Am 5. August 1960 wurde die Studie veröffentlicht.

Diese Prognose rechnete mit einer Verdoppelung der Bevölkerung auf zehn Millionen bis zum Jahr 2000. Heute wissen wir, dass diese Zahl nicht erreicht wurde, aber die Veröffentlichung der «10 Millionen-Schweiz» sorgte damals für erhebliche Unruhe in Politik und Bevölkerung. Jedenfalls griff die EXPO 64 in Lausanne unter der architektonischen Leitung von Prof. Alberto Camenzind dieses Thema unverzüglich auf und erteilte dem Regionalplaner Rolf Meyer-von Gonzenbach<sup>1)</sup> den Auftrag, mit einer Arbeitsgruppe die Folgen dieser Bevölkerungsentwicklung für die Besiedlung der Schweiz abzuschätzen und für eine besondere Ausstellung im Landesplanungs-Pavillon aufzubereiten. Ich war Mitglied dieser Gruppe, und mit Hinblick auf ein landesplanerisches Leitbild untersuchten wir zunächst die bereits bestehenden Bauzonenflächen sämtlicher Gemeinden. Dabei stellten wir fest, dass für eine Wohnbevölkerung von zehn Millionen nicht nur ausreichend eingezonte Siedlungsflächen weitgehend vorhanden oder geplant sind, sondern auch die notwendigen Infrastruktur- und Verkehrsanlagen.

Auf einer gross dimensionierten Schweizerkarte mit den Siedlungsflächen aller Gemeinden zeigten wir auf vertikal drehbaren, dreiseitigen Prismen auf der ersten Seite der Prismen den Bestand der Besiedlung, nach einer Drehung die bereits eingezonten Flächen in oder um die bestehende Besiedlung und mit einer weiteren Drehung der Prismen, auf der dritten Seite, die notwendige Siedlungsfläche für die Verdoppelung

der Bevölkerungszahl. Ziel dieser Darstellung war es, der Öffentlichkeit auf einfache Weise zu zeigen, dass im Vergleich der zweiten zur dritten Seite der Prismen die notwendigen Siedlungsflächen für die «10 Millionen Schweiz» mit wenigen Ausnahmen auch in den Agglomerationen der Städte bereits vorhanden sind.

Der Bundesrat erliess jedoch in aller Eile ein «Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus» und die Gemeinden in der Agglomeration Zürich und der Verein «Regionalplanung Zürich und Umgebung» veränderte ihren Status zu einem öffentlichrechtlichen Zweckverband, um die bis 1970 befristeten Fördermittel des Bundes für die im Gesetz geforderten «fachgerechten Orts- und Regionalplanungen» zu erhalten. Denn das gültige Baugesetz des Kantons Zürich erlaubte nur mit «Kann» – Bestimmungen die Erstellung eines behördenverbindlichen Gesamtplanes, in welchem alle Ortsplanungen und gemeindeübergreifenden Planungen eingetragen und koordiniert werden sollten. Zur Agglomeration Zürich gehörten diejenigen Gemeinden mit höheren Pendlerzahlen nach Zürich als in umgekehrter Richtung. Jeder der sechs Regionen wurden Planungsfachleute beigeordnet. Rolf Meyer – von Gonzenbach bat mich, mit ihm die Region Glattal zu betreuen.

Der Bundesauftrag an die Kantone und Gemeinden führte auf verschiedenen kommunalen und regionalen Ebenen zu einem gewaltigen Ansturm von Planungstätigkeiten. Die RZU befasste sich ebenfalls mit der 10-Millionen-Schweiz, bemühte sich – ebenso vergeblich – nachzuweisen, dass auch in allen Regionen um die Stadt Zürich ausreichend eingezonte und bereits weitgehend erschlossene Siedlungsflächen für die neu prognostizierte Einwohnerzahl vorhanden sind. Aber im Kanton Zürich verhallte diese Botschaft ungehört; die Aussichten auf Gewinne in der Bauwirtschaft für eine 10-Millionen-Schweiz waren zu verlockend.

### **Siedlungsbau in Europa**

In den 50er-Jahren machte sich die Konsolidierung der Wirtschaft und die Zunahme des Wohlstandes nicht nur in der Schweiz bemerkbar, sondern auch in anderen Ländern waren ähnliche Erscheinungen infolge der Bevölkerungszunahme und dem höheren Lebensstandard aktuell. In Schweden entstanden in der Nähe von Stockholm neue Satellitenstädte wie Farsta oder Vällingby. In Holland bauten die beiden holländischen Architekten van den Broek und Bakema in Rotterdam, als Ersatz für die im II. Weltkrieg total zerstörte Innenstadt, den neuen Stadtteil «Lijnbaan» als neues Stadtzentrum mit Einkaufsstrassen und Fussgängerzonen. In England entschied sich das «London County Council» zur Bildung von sogenannten New Towns ausserhalb Londons, um die City vom Druck auf neuen Wohnraum und Infrastrukturanlagen zu entlasten. Diese Planungen erfolgten in drei Wellen, eine erste bis 1948, eine zweite 1961 bis 1964 und später eine dritte von 1967 bis 1970. Diese Stadtentwicklungen weckten in den 60er-Jahren nicht nur das Interesse einer breiten Öffentlichkeit, sondern fanden auch bei Fachleuten ein lebhaftes Echo.

Schon bald nach dem II. Weltkrieg fand 1947 der 7. Kongress des CIAM (Congrès Internationaux d'Architecture Moderne) <sup>2)</sup> in Bergamo statt, an welchem 30 eingereichte

Stadtplanungen nach vorbereiteten Kriterien verglichen wurden. Der CIAM war 1928 in der Schweiz gegründet worden und befasste sich mit Bauen als elementare Tätigkeit des Menschen unter dem Einfluss sozialer und wirtschaftlicher Veränderungen auf die Architektur und den Städtebau. Als Jugendlicher war ich am Kongress in Bergamo dabei und verfolgte wie ein Kibitz den Streit zwischen einer Gruppe um den französischen Architekten Le Corbusier und einer Gruppe von Schweizer Architekten oder englischen Kollegen.



*«Unité d'habitation» von Le Corbusier in Marseille  
(Photo Peter Steiger)*

Le Corbusier demonstrierte seine Vision einer «Cité radieuse» (leuchtende Stadt) mit dem Beispiel seiner «Unité d'habitation» in Marseille, die soeben mit 18 Geschossen und 337 zweigeschossigen Appartements fertiggestellt worden war. Demgegenüber bevorzugte die Gruppe um die Schweizer Architekten eher Wohnbauentwicklungen in kleingliedrigen, dreigeschossigen Siedlungsformen nach dem Vorbild der sogenannten Gartenstädte, welche in der Zwischenkriegszeit in Deutschland und England entstanden waren und auch genossenschaftliche Ziele verfolgten. Dieser Vision folgten beispielsweise die «Weissenhof-Siedlung» in Stuttgart, verschiedene Werkbundsiedlungen in

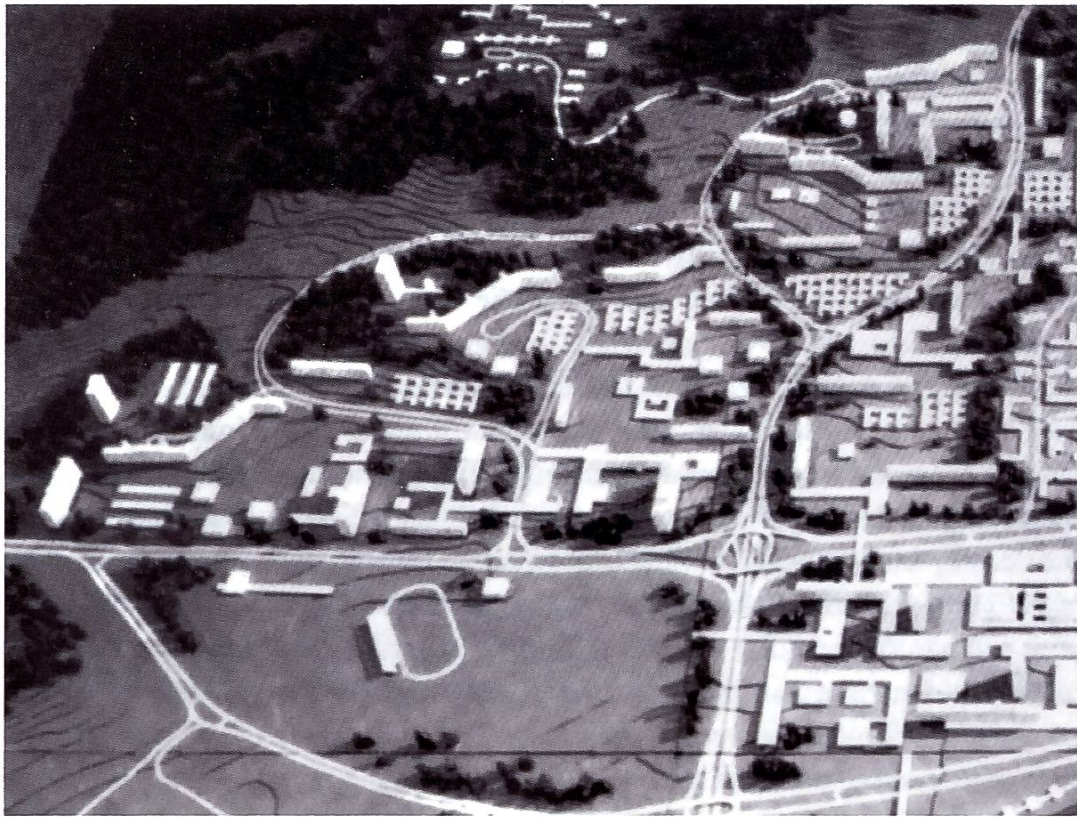
Wien, Brunn und Prag und schliesslich die Werkbundsiedlung «Neubühl» in Zürich-Wollishofen aus dem Jahr 1928 <sup>3)</sup>, in welcher ich meine Jugendjahre verbrachte. Diese Siedlung prägte selbstverständlich auch meinen Massstab für Wohnungsbau.



*Werkbundsiedlung Neubühl, Zürich-Wollishofen (Foto Peter Steiger)*

Infolge unterschiedlicher Bewertung ästhetischer, städtebaulicher Fragen und sozial-politischer Ansichten für moderne Stadtbaukunst boykottierte Le Corbusier 1957 den 10. Kongress in Dubrovnik. 1959 löste sich der CIAM endgültig auf. Später formierten sich zwar wieder Fachgruppen auf internationaler Ebene, die sich zum Stichwort «Habitat» trafen. Das Thema betraf aber kaum mehr europäische Probleme, sondern das Grundbedürfnis «Wohnen» im globalen Kontext.

1955 provozierten Max Frisch, Luzius Burckhardt und Markus Kutter die Öffentlichkeit mit einer rot gebundenen Broschüre «Achtung, die Schweiz», nach welcher die Schweiz «nicht als Museum oder weiter als Kurort und Treffpunkt für Krämer und Spitzel hindriften, sondern als kleines, aber aktives Land zur Welt gehören sollte». Die Autoren propagierten mit Hinblick auf die nächste Landesausstellung die Gründung einer neuen Musterstadt, aber (Zitat) «nicht für Architekten und Ingenieure oder Verkehrspolizisten, sondern für uns, für die Schweiz: als Prüfung, ob wir wissen, was für eine Zukunft wir wollen». Diese Stadt müsste mindestens 10'000 bis 15'000 Einwohner haben, damit alle lebenswichtigen Probleme gelebt werden können und nicht nur als Anhängsel einer bestehenden Stadt geduldet werden müssen.



*Die neue Stadt im Furttal. Studie mit Modell für eine Musterstadt mit 30'000 Einwohnern und 15'000 Arbeitsplätzen von Max Frisch mit Luzius Burckhardt und Markus Kutter, 1963*

1963 erschien von den gleichen Autoren, dieses Mal mit grünem Umschlag, «Die neue Stadt» als konkreter Vorschlag auf einem realen Gelände im Furttal zwischen Zürich und Baden, etwa in der Gegend von Otelfingen. Der Plan enthielt die Rahmenbedingungen und die Spielregeln für die individuelle Gestaltung von Gebäuden mit unterschiedlicher Nutzung, für kleine und grosse Freiräume und für Verkehrsflächen mit Anschluss an den öffentlichen Verkehr. Die Pläne und Modelle, welche die Randbedingungen zur Nutzung der Siedlungsflächen darstellen sollten, sahen aber aus wie abstrakte Kunst, unterschieden sich kaum von anderen Versuchen für neue Satellitenstädte und liessen den Eindruck eines Experimentes vermissen. Auch lag das Gelände auf unzähligen landwirtschaftlich genutzten Grundstücken lokaler Eigentümer und war für eine Realisierung nicht verfügbar. Dennoch wurde «Die neue Stadt» in Fachkreisen leidenschaftlich diskutiert, aber die Provokationen und Aufrufe verflüchtigten sich bis zur EXPO 64 in Lausanne.

Ernst Göhner griff jedoch die Idee einer Satellitenstadt zwischen zwei Ballungszentren auf und richtete seinen Blick auf die Umgebung von Effretikon zwischen Zürich und Winterthur. Nur trieb ihn als Erstes nicht die Vision einer Zukunftsstadt voran, sondern die Abklärung der Verfügbarkeit der notwendigen Grundstücke in der überwiegend landwirtschaftlich genutzten Gegend. Für den Tausch solcher Landwirtschaften mit entsprechendem oder noch besserem Land in der Ostschweiz beschäftigte er einen Anwalt, der sich über die Planungsabsichten der anvisierten Gemeinden, sowohl für

beabsichtigte Bauzonen in der Nähe von Zürich als auch für Landwirtschaftszonen in ländlichen Gegenden ins Bild zu setzen wusste.

Um den Kauf von zusammenhängendem Bauland rund um Effretikon an der richtigen Stelle und in ausreichender Grösse zu planen, gab Ernst Göhner unserem Planungsbüro den Auftrag, mit Skizzen diese neue Stadt für etwa 20'000 Einwohnern zu konzipieren. Durch Indiskretionen gelangte diese Planung jedoch an die Öffentlichkeit, worauf die Landpreise sofort stiegen und eine Stadtentwicklung mit günstigen Wohnungen und einem ausgewogenen Verhältnis zwischen kommerziell genutzten Flächen und grosszügigen Freiflächen für die Öffentlichkeit infrage stellte. Die Schweiz war eben nicht Schweden oder England, welche ihre Satellitenstädte auf staatseigenem Land realisieren konnten. Die Studie wurde nicht weitergeführt. Ernst Göhner versuchte auf anderen Wegen, sich am Siedlungsbau für die prognostizierte Bevölkerungszunahme zu beteiligen.

### **Von «Göhnerswil» zur «Sonnhalde» in Adlikon**

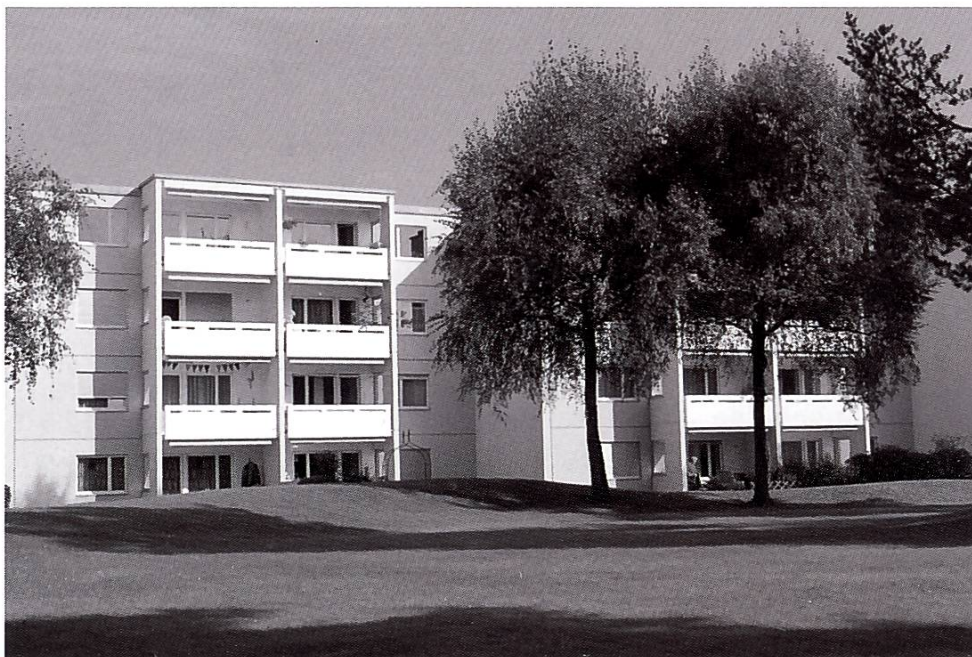
Ernst Göhner war ein Bauherr mit sozialen Visionen und einem gesundem Instinkt für grosse Geschäfte <sup>4)</sup>. Er hatte zwar in jungen Jahren mit der Fensterfabrik seines Vaters beinahe Konkurs gemacht, wurde von wohlhabenden Freunden gerettet und wandte sich nach dem II. Weltkrieg dem Wohnungsbau zu. Rund um Zürich kaufte er Grundstücke und baute Siedlungen, die er wieder verkaufte. Die Studie von Professor Kneschaurek in den 60er-Jahren über die Verdoppelung der Schweizer Bevölkerung auf zehn Millionen Einwohner musste auch ihn beflügelt haben. Jedenfalls erstellte er mit zwei grossen Baufirmen an drei Standorten in der Schweiz neue Anlagen zur Herstellung von Fertigteilen für Wohnbauten in so genannter Plattenbauweise. Eines dieser Werke stand in der Nähe von Volketswil. Die Ernst Göhner AG entwickelte das Bausystem «Igeco», das mit standardisierten Gebäudehöhen, Gebäudelängen und Gebäudebreiten eine schnelle Erstellung von Mehrfamilienhäusern versprach.



*Standardisierte Wohnbauten in Plattenbauweise in der ehemaligen DDR (Photo Peter Steiger)*

Auf einer Studienreise in die damalige DDR hatte ich verschiedene Siedlungen be-  
sichtigt, die in Plattenbauweise erstellt wurden. Als Planer der Region Glattal überkam  
mich ein Schauern bei der Vorstellung, dass mit der Zeit alle Dörfer rund um Zürich  
mit solchen standardisierten Wohnbauten umstellt würden. Wenn aber alles legal und  
die Baugelände eingezont waren, freuten sich die Gemeinden auf neue Steuerein-  
nahmen und die Eintönigkeit der Siedlungsbauten störte nur wenige. Zudem waren die  
Grundrisse des Igeco-Systems grosszügig und jede Wohnung hatte einen Balkon.

Eine erste Siedlung in Volketswil geriet, dann aber doch ins Visier der Medien. Als  
«Göhnerswil» kam sie unter Beschuss von Architekten sowie von Soziologen an der  
ETH Zürich und in Architekturzeitschriften erhielt sie negative Kritik. Als Regionalplaner  
nahm ich Kontakt mit Ernst Göhner auf, um mit ihm über Verbesserungen seiner  
Siedlungsplanungen zu diskutieren.



*Wohnsiedlung «Sunnebühl» in Volketswil, erstellt in «Igeco» Elementbauweise.  
Diese Siedlung, die als «Göhnerswil» bekannt wurde, ist heute unter  
Objektschutz gestellt. (Photo Peter Steiger)*

Wie bereits erwähnt, hatte ich ihn vor Jahren kennen gelernt, als er uns gebeten  
hatte, die Möglichkeit für eine Satellitenstadt in der Gegend von Effretikon abzuklären.  
Dieses Mal zeigte er sich aber von einer ausgesprochen unangenehmen Seite, be-  
schwerte sich über die Architekten, die überall nur ihr eigenes Denkmal setzen wollten  
und für soziale Anliegen kein Verständnis hätten. Er schwärmte missionarisch von  
seinem Wohnungsbau mit Fertigteilen, denn nur so könnten grosszügige Wohnungen  
zu günstigen Preisen erstellt werden. Vorsichtig warf ich ein, dass man sich gerade  
deshalb aus architektonischer Sicht mit dieser Art des Wohnungsbaus befassen müsse,  
wenn man die Ablehnung von Bauten in Elementbauweise vermeiden wolle. Plötzlich  
fragte er mich freundlich, ob denn überhaupt mit diesen Fertigteilen bessere Bauten  
möglich wären. Das sei zumindest einen Versuch wert, meinte ich.



Da entnahm er seinem Pult einen Lageplan eines Geländes in der Gemeinde Regensdorf in der Nähe von Zürich und gestand, dass hier genau dieser Fall von Ablehnung drohe, wenn er eine Siedlung mit Igeco-Fertigteilen bauen wolle. Das Grundstück sei zwar für eine Siedlung mit etwa 700 Wohnungen eingezont, er befürchte aber, dass die Gemeinde für diese Bauweise keine Baubewilligung erteilen werde. Dann kam die Überraschung: Er bat mich, diesen Versuch zur architektonischen Verbesserung zu wagen, allerdings dürften an den Grundrissen des Bausystems keine Änderungen vorgenommen werden. Ich musste mich schnell entscheiden, ob ich mich überhaupt auf ein Unterfangen mit solchen Randbedingungen einlassen wollte.

Die Frage lautete ja nicht, ob ich ohne Einschränkungen eine schöne Siedlung bauen könne, sondern ob ich in der Lage sei, mit den vorgegebenen Fertigteilen eine bessere Siedlung zu planen als das «Göhnerswil» in Volketswil. Vorsichtig gab ich zu verstehen, dass auch die sozialen Fragen eines Bevölkerungszuwachses in einer bisher politisch ausgewogenen Gemeinde wie Regensdorf zu beachten seien und die Vorleistungen zur Erschliessung des Geländes und der spätere Rückfluss aus Steuergeldern erfasst werden müssen, wenn nicht grössere Bauvorhaben politisch verzögert oder überhaupt verhindert werden sollen. Offensichtlich kannte er diese Probleme und bat mich, auch diesen Aspekt zu untersuchen. Er stellte für diese zusätzliche Aufgabe einen speziellen Kredit zur Verfügung, weil solche Studien im normalen Honorar für Siedlungsplanungen ja nicht enthalten seien. Die Aufgabe reizte mich, und ich sagte zu.

### **Die Siedlung «Sonnhalde» in Adlikon und der Schweizerische Werkbund**

1965 beschäftigte sich der Schweizerische Werkbund SWB ebenfalls mit den vielfältigen Erscheinungen des wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch mit Problemen des Generationenwechsels innerhalb des Werkbundes. Während ältere, prominente Mitglieder sich noch der Tradition des Bauhauses verpflichtet fühlten und an der «Guten Form» für die jährliche Auszeichnung von Gebrauchsgegenständen hingen, kam diese jährliche Aktion bei den Jüngeren zunehmend unter Beschuss. Ich erinnere mich an die Frage von Luzius Burckhardt im Zentralvorstand des SWB, die wie ein Blitz in die Generationenfrage einschlug: «Kann es sich der Werkbund leisten, die Tradition des Bauhauses weiterzupflegen, während ganze Landstriche der überhitzten Bautätigkeit zum Opfer fallen?» und: «Wo sollen denn die Jugendlichen mit <der guten Form ausgezeichneten> Rollschuhen noch herumfahren, wenn es dafür keine geeigneten Flächen gibt?» Dieser Widerspruch zwischen «ausgezeichneten» Rollschuhen und fehlenden Spielflächen hat den Werkbund aufgerüttelt und in der Folge zur Bildung einer Arbeitsgruppe geführt, welche in kurzer Zeit eine Broschüre «Wer baut mit uns Werkbundwohnungen?» zur Diskussion stellte. Darin war der alte Gedanke einer Werkbundsiedlung als Muster für neuen Wohnungsbau enthalten, aber zeitgemäss abgewandelt worden.



Planung (FAP) gewählt. Der FAP befasste sich seit einiger Zeit mit Problemen von der Regionalplanung bis zur Landesplanung; deshalb sollte sich der FAW von der Wohnung bis zur Quartier- beziehungsweise bis zur Ortsplanung beschäftigen. Aus dieser Aufgabenabgrenzung ergab sich ein intensiver Gedankenaustausch mit dem ORL-Institut. Während der FAP aber öffentliche Mittel erhielt, arbeitete der FAW nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und Kollegialität. Für Aufgaben, die ausserhalb unseres Kreises geleistet werden mussten, stand ein Kredit von Ernst Göhner zur Verfügung. Diese Aktion fand 1965 – 1966 in meiner Zeit als erster Vorsitzender des Schweizerischen Werkbundes statt.

In einer ersten Runde kristallisierten sich die Themen der interessierten Kolleginnen und Kollegen. Bald liess sich die Verbindung zur Werkbundbroschüre «Wer baut mit uns Werkbundwohnungen?» erkennen. Denn die generellen Fragen über Siedlungsbau lagen in der Luft, und alle wussten, dass die in den eigenen Büros erworbenen Kenntnisse für grosse Siedlungsvorhaben unter den Aspekten von neuen Techniken und soziologischen Ansprüchen im Allgemeinen nicht genügten. Viele der Kolleginnen und Kollegen waren Mitglieder des SWB. Um aber alle Wissensgebiete zu erfassen, mussten auch Fachleute ausserhalb des SWB gewonnen werden.

Als nächstes bildete ich sechs Fachgruppen. Die Koordination übernahm in meinem Büro Urs Hettich, der spätere Kantonsbaumeister von Bern, um unnötige Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Ein leitender Ausschuss sorgte für die Verbindung nach aussen, und das ORL-Institut stellte dem FAW als Assistenten die Herren R. Gerig, I. Grendelmeier, P. Güller und H.R. Isliker zur Verfügung.

#### *Gruppe 1 für die Mieterbefragung und Wohnungsarten*

Prof. Jaques Schader <sup>6)</sup> befasste sich an der ETH Zürich intensiv mit Wohnungsbau. Die internationale Bauausstellung «Interbau»-Berlin 1957 lieferte mit dem Wiederaufbau des Berliner Hansa-Viertels reichlich Material für die Untersuchung unterschiedlicher Wohnformen. Damals berühmte Architekten wie Alvar Aalto, Le Corbusier, Oskar Niemeyer und der Schweizer Otto Senn wurden von der «Interbau» aufgefordert, nach ihren Vorstellungen Beiträge zum Wohnungsbau zu leisten. Nach Abschluss der Ausstellung wurden zahlreiche Bewohnerbefragungen im neuen Hansaviertel ausgewertet und die Resultate zusammen mit Zürcher Wohnbaugenossenschaften wie GEWOBAG, ABZ und UTO auf Schweizer Verhältnisse übertragen. Antworten mit Begründungen auf Fragen wie: Kontakte innerhalb des Hauses oder Aktivitäten in der Siedlung oder ungewollte Kontakte führten zum Thema Privatsphäre als Einzelpersonen, in der Familie und im Kollektiv der Siedlung. Die positiven oder negativen Antworten wurden ebenso wie fehlende oder unbestimmte Antworten auf die baulichen Voraussetzungen bezogen. Daraus entstanden Empfehlungen für Wohnungsgrundrisse, Gebäude und Freiräume mit Gemeinschaftseinrichtungen sowie für die Erschliessung der Gebäude mit Fussgängerwegen und mit dem privaten oder öffentlichen Verkehr.

### *Gruppe 2 für Wohnbau und Landschaft*

Die Arbeitsgruppe unter Leitung des Architekten Prof. Walter M. Förderer <sup>7)</sup> bestimmte folgende Komponenten für den Begriff «Freiraum in der Siedlungslandschaft»: Bodenfläche, der darüber liegende Luftraum und dessen Klima, der darunterliegende Untergrund, die Bodendeckung und die Elemente der Begrenzung eines Freiraumes. In einer Matrix wurden diese Merkmale für die Planung von Freiräumen eingetragen: Einmal nach Raumbereichen vom Zimmer bis zum Territorium und andererseits nach den verschiedenen Bedürfnissen des Menschen innerhalb dieser Raumbereiche und ausserhalb nach den Erfordernissen eines ausgeglichenen Naturhaushaltes bis zur Region.

### *Gruppe 3 für Soziologie*

Die Arbeitsgruppe unter Leitung des Soziologen Dr. Luzius Burckhardt <sup>8)</sup> betrachtete den Wohnungsbau aus zwei Perspektiven: Aus dem familiensoziologischen-psychologischen Gesichtswinkel und aus einem architektonisch-technischen Aspekt. Der familiensoziologische-psychologische Gesichtswinkel erhielt durch Analysen des menschlichen Verhaltens in der Familie und in der Öffentlichkeit für die Wohnung und das Wohnumfeld primäre Bedeutung. Mit Korrelationsanalysen suchte man die Zusammenhänge zwischen dem menschlichen Verhalten in der baulichen Umwelt und der Architektur mit der technischen Ausstattung festzustellen. Dies betraf beispielsweise die Zusammenhänge von Familiengrösse und Wohnungsgrösse mit den demografischen Veränderungen in der Familie, das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit in der Wohnung und ausserhalb, die private und öffentliche Sphäre als Gradmesser für städtische Lebensweisen. In der Gruppe entstand Einigkeit, dass von wissenschaftlichen Analysen nicht mehr erwartet werden darf als sie leisten können. Aber alle erkannten, dass Analysen den Blick für Prozesse schärfen, die über die Gegenwart hinaus weiterwirken und die Antizipation für künftige Verhaltensweisen als Grundlage für Planungen in allen Grössenordnungen erleichtern.

### *Gruppe 4 für Volkswirtschaft*

Aus dem breit gefächerten Bereich Volkswirtschaft konzentrierte sich die Arbeitsgruppe unter Leitung der Architekten Alfredo Pini und Erwin Fritz des Büros Atelier 5 <sup>9)</sup> auf die politischen, wirtschaftlichen, soziologischen und planerischen Gesichtspunkte des Stockwerkeigentums. Das Wohneigentumsgesetz war 1951 eingeführt worden und das Büro Atelier 5 erstellte die Siedlung Halen in der Nähe von Bern als eines der ersten Beispiele für Wohneigentum. Eine moderne Bauweise zeigte die konsequente Umsetzung des Gesetzes für die Nutzung von eigenen Wohnungen im gemeinschaftlichen Eigentum mit Land, Infrastruktur und Gemeinschaftsräumen. Die konzentrierte Bauweise mit wenig Landverbrauch war angesichts der stetig steigenden Bodenpreise und Baukosten von besonderem Interesse. Aber auch die soziale Sicherheit im selbstbestimmten Wohneigentum versprach Wirkung gegen die Anonymisierung des Wohnens im fremden Eigentum. Nach Empfehlung des FAW sollten die Entwicklungstendenzen für die Bildung von Wohnungseigentum auch im sozialen Wohnungsbau weiterverfolgt

werden und die Vorzüge des Wohneigentums in die Baugesetzgebung Eingang finden. In dieser Arbeitsgruppe wurden auch die Kosten für die Gemeinden zur Erschliessung der eingezonten Grundstücke und für die Amortisation durch den Rückfluss aus Steuereinnahmen der künftigen Bevölkerung untersucht.

#### *Gruppe 5 für Infrastruktur und Zentrumbildung*

Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Architekt Fritz Schwarz <sup>10)</sup> befasste sich zunächst allgemein mit der Bildung von Zentren innerhalb unterschiedlicher Dimensionen von Einzugsgebieten. Vergleiche zeigten, dass zwischen primären Zentrumsbildungen an besonderen Orten gegenüber Kernbildungen in vorhandenen Wohn- und Tätigkeitszonen erhebliche Unterschiede bestehen. Während besondere Orte mit einem speziellen Angebot ihr eigenes Einzugsgebiet finden, wie beispielsweise ein Restaurant mit herausragendem Essen, muss sich ein Einkaufszentrum in einer bestehenden Siedlung mit einem breiten Angebot für den Tages- und Wochenbedarf behaupten. Jedenfalls bestimmt das Angebot die Reichweite des Einzugsgebietes und nicht umgekehrt die Grösse des Einzugsgebietes die Vielfältigkeit des Angebotes, denn die Konsumenten suchen fehlende Konsumgüter anderswo und verändern ihre Kaufgewohnheiten nach diesem Angebot, während die Quartierläden mangels Nachfrage allmählich eingehen.

#### *Gruppe 6 für Bautechnik und Herstellungsmethoden*

Die Normierung von Bauteilen und die Standardisierung von Bauprozessen waren nicht neu. Für normierte Bauteile waren schon früh modulare Systeme entwickelt worden, um Bauteile mit unterschiedlichen Funktionen nahtlos zusammenzufügen. Wesentlich gefördert wurde die Elementbauweise durch neue Materialien für die Fugen zwischen den Bauteilen. Auch liess sich die Wandstärke mit der Plattenbauweise dank eingelegter Wärmedämmung gegenüber dem üblichen, verputzten Mauerwerk erheblich reduzieren und vergrösserte die inneren, vermietbaren Nutzflächen auch unter Einhaltung von Gebäude- und Grenzabständen. Die Arbeitsgruppe untersuchte unter meiner Leitung zahlreiche bewährte Wohnungsgrundrisse, um für unterschiedliche Vorfertigungssysteme die günstigsten Varianten zu finden. Wir verglichen Nord-Süd orientierte mit Ost-West belichteten Grundrissen und prüften die Vor- und Nachteile des Zusammenfügens der vorgefertigten Bauelemente zu längeren Häuserzeilen auf unterschiedlich geneigten Arealen.

Bis zum Juni 1966 kam im Fachausschuss Wohnen FAW ein eindruckliches Kompendium zustande, das auch heute noch als Richtschnur für die Siedlungsforschung dienen könnte. Die gemeinsam erworbenen Erkenntnisse standen jederzeit allen Beteiligten des FAW und später allgemein der Fachwelt durch Veröffentlichungen zur Verfügung. Ein Anspruch auf Beteiligung an Siedlungsvorhaben, welche auf das neu erworbene Knowhow zurückgriffen, bestand von keiner Seite. Man war denn auch der Meinung, dass diese Arbeiten die Grenzen dessen erreicht hätten, was von Berufsleuten freiwillig geleistet werden kann.